BAD SCHUSSENRIED

Bericht über die Sitzung des Gemeinderates vom 20.11.2025

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates im Feuerwehrhaus begrüßte Bürgermeister Deinet die anwesenden Stadträte und Bürger im Zuhörerraum sowie die Vertretung der Schwäbischen Zeitung und stellte fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Er beglückwünschte die anwesenden Gremiumsmitglieder, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.
Bürgermeister Deinet teilte mit, dass der TOP 14 „Sanierung Ortsdurchfahrt Otterswang Teil 2 - Wintersicherung" vorgezogen werden müsse, da der Referent anschließend noch weitere Termine habe.

Unter Anfragen aus der Einwohnerschaft möchte Frau Treuer-Locher wissen, wie das Verkehrsaufkommen gehandhabt werde, wenn die Windkraftanlagen auf der Atzenberger Höhe gebaut werden. Man habe mit einem Fachmenschen ausgerechnet, dass es ca. 6.000 Lkws benötige. Sie fragte weiter nach, wie die Auswirkungen für die Straßen aussehe.
Bürgermeister Deinet entgegnete, dass die Flächen ausgeschrieben wurden. Die Energiestandorte und Anzahl der Windkraftanlagen seien aber noch nicht festgelegt. Die Zufahrtswege seien daher auch noch nicht bekannt. Die Wege werden aber vor Beginn der Arbeiten begangen. Konkret gebe es aber noch keine Handhabe, da noch keine weiteren Informationen vorhanden sind.
Christoph Stark möchte wissen, ob es richtig sei, dass es Planungen gibt, den Strom nach Otterswang ins Umspannwerk zu leiten. Er fragt auch, ob das Umspannwerk hierzu überhaupt aufnahmefähig ist. Des Weiteren möchte er wissen, ob es stimmt, dass dort ein Wasserstoffkraftwerk gebaut werden soll und wie das Wasserkraftstoffwerk dort funktioniere, wenn das Umspannwerk den Strom nicht mehr aufnehmen kann und wie der Strom nach Otterswang transportiert werden soll.
Bürgermeister Deinet merkte an, dass die Verwaltung nicht wisse, wie der Strom dann nach Otterswang transportiert werden wird. Bei einem früheren Antrag habe man beabsichtigt, den Strom von der Atzenberger Höhe durch den Burgtobel über die Toräckerstraße zum Umspannwerk zu leiten. Man kenne bisher nur Anschlusswünsche zum Anschluss von Freiland-PV.
Zum Thema Wasserstoffkraftwerk erwiderte Bürgermeister Deinet, dass man im Gemeinderat die Möglichkeit angedacht hatte, den Überschuss an Strom als Grundlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff zu nutzen.
Frau Sommer-Locher, ebenfalls Bewohnerin am Atzenberg, merkte an, dass die Abstände zu den Wohnsiedlungen ca. 750 m betragen sollen. Dies sei bei den aktuellen Planungen nicht der Fall. Ebenso seien die Standorte und die Zuwegung bekannt, wie in den Plänen von Sowitec ersichtlich. Frau Sommer-Locher hält den damals vom Gemeinderat gefassten Beschluss mit den Vorbehalten für hinfällig.
Bürgermeister Deinet antwortete dahingehend, dass der damalige Gemeinderatsbeschluss nicht hinfällig sei, da man ihn mit Blick auf den Regionalplan Windenergie gefasst habe. Damit verbunden war der Wunsch, dass der überschüssige Strom für die Produktion von grünem Wasserstoff genutzt wird.

Sanierung Ortsdurchfahrt Otterswang Teil 2 – Wintersicherung
Da zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Eberhard vom Büro Wassermüller anwesend war wurde der Tagesordnungspunkt an den Beginn der Sitzung vorgezogen. Herr Eberhard berichtete über den aktuellen Stand der Baustelle in Otterswang. Er berichtete über die zusätzlichen Leistungen, die auf die Stadt Bad Schussenried zukommen und dass noch ein Nahwärmeversorger Leitungen verlegen möchte. Dort gab es ein erstes Gespräch, dessen Ausgang noch offen ist. Er berichtete weiter, dass die Gräben der Verlegungen nur im Kies geschlossen sind und der Belag noch fehle. Aufgrund der noch auszuführenden Arbeiten mache aber auch das Einbauen des Belages noch keinen Sinn. Die Baustelle könne aber über den ganzen Winter nicht so bleiben. Es bestehen bereits Schäden durch Falschfahrer.

Herr Eberhard teilte weiter mit, dass man sich vor Ort besprochen habe und es am sinnvollsten wäre, die Straße befahrbar herzustellen, um die Ortsdurchfahrt über den Winter für den den Verkehr wieder freizugeben. Im Frühjahr sollte die Baustelle dann wieder in Betrieb genommen werden. Die Kosten für einen provisorischen Belag belaufen sich auf ca. 38.296,58 € + 10 % Nebenkosten. Dem gegenüber stehen bei Aufrechterhaltung der Baustelle Kosten in Höhe von 40.000 – 45.000 €. Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung stieß bei den Gemeinderäten auf Widerstand, da man glaube, dass die Baustelle hätte rechtzeitig fertig werden können. Herr Eberhard entgegnete, dass die Firma nur den Endtermin einhalten müsse und es freigestellt sei, wann der Beginn der Maßnahme ist. Dieser Termin hätte eingehalten werden können, wenn die Zusatzarbeiten nicht gekommen wären.
Stadtrat Ege fragte nach, warum der Nachtrag nur zu Lasten der Stadt gehe. Er fände es gut, wenn Netze BW und die privaten sich an den Kosten beteiligen müssen. Er merkte außerdem an, dass im Angebot stehe, das ein weiterer Baustellennachtrag kommen werde. Stadtrat Madlener ergänzte, dass er ebenfalls die Netze BW in der Pflicht sehe, da es durch Verlegen von Leitungen zu den Verzögerungen kam.
Ortsvorsteherin Schäfer teilte mit, dass sie sich für die Wintersicherung ausspreche, da bei einer Vollsperrung auch die Anwohner nicht an ihre Häuser fahren können und dies ebenfalls zu Unmut führen würde. Nach weiterer kontroverser Diskussion und einer Sitzungsunterbrechung beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, dass die Verwaltung ermächtigt wird, die Firma Storz mit der Wintersicherung und den damit einhergehenden überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 38.296,58 € + Nebenkosten in Höhe von ca. 10% Honorar zu beauftragen. Die Verwaltung wird vom Gemeinderat beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, ob eine Kostenbeteiligung der Netze BW sowie der privaten Firmen rechtlich möglich ist. Die Baustelle soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Frühjahr wieder aufgenommen werden.

8. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplanes "Sennhof Ost"
Zu diesem Tagesordnungspunkt war zusätzlich Herr Architekt Groß anwesend. Stadträtin Schmid galt als befangen und trat vom Ratstisch ab. Architekt Groß berichtete, dass es sehr erfreulich ist, dass keine großen Bedenken der Träger öffentlicher Belange aufgekommen sind. Er erläutert kurz die Anmerkung des Landesdenkmalamtes bezüglich eines Feldkreuzes, das selbstverständlich erhalten werden wird. Die Stadt Bad Waldsee äußerte Bedenke bezüglich der Verkehrsauswirkungen. Hier merkte Herr Groß an, dass das übergeordnete Verkehrsnetz durch das neue Baugebiet nur unwesentlich belastet werden wird.
Stadtrat Eisele sagte, dass die BWL dem Antrag zustimme, um die weitere Entwicklung der Bauleitplanung fortführen zu können. Er bittet die Verwaltung evtl. auf die Stadt Bad Waldsee zuzugehen, um über die Entwicklung der Straße zwischen Bad Waldsee und Bad Schussenried zu sprechen. Er führte weiter aus, dass für die BWL das Thema Zukunft bei dem Bebauungsplan zu kurz kommt. Man habe sich nicht über das Thema Energiekonzept und wer zieht dorthin unterhalten. Man wünscht sich auch bei der Bauleitplanung eine intensive Diskussion.
Bürgermeister Deinet entgegnete, dass man das Thema Energiekonzept diskutiert habe. Außerdem habe man sich auch mit dem Thema Sozialwohnungsbau beschäftigt. Wie das Ganze dann aber vergeben werden solle, sei kein Thema für den Flächennutzungsplan. Für die Verwaltung sei immer die Stadtentwicklung im Vordergrund gestanden. Anschließend beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Abwägung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie der betroffenen Öffentlichkeit. Damit wird die 8. Änderung des Flächennutzungsplans für Bad Schussenried nach Bestätigung durch den Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft wirksam. Der Gemeinderat empfiehlt dem gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Bad Schussenried - Ingoldingen, die 8. Änderung der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplans „Sennhof Ost" in der Fassung vom 23.10.2025 festzustellen.

Vorstellung Sicherheitskonzept für Veranstaltungen
Stellvertretende Hauptamtsleiterin Weishaupt hielt den Sachvortrag. Im Jahr 2024 hatte die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Fa. Eventconsult Europa, Herrn Christian Betz, neue Sicherheitsrichtlinien für Veranstaltungen erarbeitet. Hintergrund waren die gestiegene Anzahl an Veranstaltungen im Bereich von Bad Schussenried und der Ortsteile sowie die ständig wachsenden Aufgaben im Zusammenhang mit den Veranstaltungen (Genehmigung Sicherheitskonzept, Überwachung und Kontrolle

Veranstaltung, Sanktion bei Zuwiderhandlung etc.) sowie die Haftung für das Ordnungsamt, bzw. für die Stadt Bad Schussenried. Stadtrat Eisele bedankte sich bei Frau Weishaupt für das Pamphlet. Er sah es als schmalen Grat zwischen zu viel und zu wenig, aber es ist wohl notwendig, da man mit allen Konsequenzen rechnen muss. Stadtrat Dangel ergänzte, dass im Falle eines Falles immer der Verein hafte und nicht der Vereinsvorsitzende. Nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz haftet der Vorsitzende des Vereines. Dies gelte auch für die Kommune. Leider wird bei Kommunen immer davon ausgegangen, dass man etwas unterlassen habe und es als fahrlässig gehandelt wird. Der Gemeinderat nahm das Sicherheitskonzept zur Kenntnis.

Baugesuche
Bauamtsleiter Rueß hielt bei allen Baugesuchen den Sachvortrag.
Dem Bauantrag zum Neubau einer Garage mit Fahrradabstellplatz und Abbruch der Garage auf Flst. 806, Burg 3 in Bad Schussenried-Otterswang, wurde einstimmig zugestimmt. Ortsvorsteherin Schäfer informierte das Gremium darüber, dass auch der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt habe. Dem Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 10 Wohneinheiten auf Flst. 178/5, Hauptstraße 47 in Bad Schussenried-Otterswang, wurde ebenfalls zugestimmt.
Die Bauvoranfrage zum Anbau einer Microwindkraftanlage zum Erzeugen von Strom aus Wind auf Flst. 99/6, Abt-Ströbele-Straße 20 in Bad Schussenried-Steinhausen wurde einstimmig abgelehnt. Die Befreiungen bezüglich der Gebäudehöhe und Dachgestaltung wurden nicht erteilt. Somit teilte der Gemeinderat die Ablehnung des Ortschaftsrates.
Dem Bauantrag zum Anbau einer Gerätehalle an die bestehende Maschinenhalle, Ersatz für den Abbruch der alten Wagenremise auf Flst. 408, Enzisweiler 4 in Bad Schussenried wurde zugestimmt. Die Prüfung bezüglich der Privilegierung zum Bauen im Außenbereich obliegt der Unteren Baurechtsbehörde. Ebenso wurde mehrheitlich dem Bauantrag zur Erweiterung der Garage auf Flst. 196/3, Jakob-Stuber-Straße 5 in Bad Schussenried-Kürnbach zugestimmt, sofern die verkehrsrechtlichen Belange Berücksichtigung finden und die Sicherheit des ausparkenden Verkehrs gewährleistet ist. Die Befreiung bezüglich des Überbaus der Baugrenze wird bei Gegebenheit o.g. Voraussetzungen erteilt.

Einziehung der Wege Flst. 281/1, 362/1, 371/1 und 386/1 Gemarkung Schussenried
Hauptamtsleiter Mutter hielt den Sachvortrag. Anschließend stimmte der Gemeinderat einstimmig der Einziehung der beschränkt öffentlichen Wege Flst. 281/1, 362/1, 371/1 und 386/1 zu. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Einziehungsverfahren durchzuführen. Die Öffentlichkeit erhält die Möglichkeit drei Monate lang nach der Bekanntmachung Einwendungen gegen die Einziehung vorzubringen.

Aufnahme und Versorgung von Fundtieren durch das Tierheim Biberach
Hauptamtsleiter Mutter hielt hierzu den Sachvortrag. Der Gemeinderat beschloss einstimmig für die kommunale Pflichtaufgabe bei der Aufnahmeversorgung und vorübergehenden Unterbringung von Fundtieren die Leistungen des Tierheims Biberach in Anspruch zu nehmen und entrichtet ab dem 01.01.2026 dem Tierheim Biberach hierfür eine jährliche Pauschale von 1,77 € je Einwohner.

Erlass einer kommunalen Katzenschutzverordnung
Hauptamtsleiter Mutter hielt auch hierzu den Sachvortrag. Stadtrat Eisele bedankte sich für das schnelle Aufgreifen des Sachverhalts. Ortsvorsteherin Schäfer fragte nach der Handhabung der Verordnung, da die Verordnung nicht für die normale Hauskatze vorgesehen sei, sondern für große Ansammlungen von wilden Katzen und es bisher auch ohne Verordnung gut funktioniert. Stellvertretende Hauptamtsleiterin Weishaupt merkte an, dass es schwierig sei, den Besitz der Katze zuordnen zu können, da das Ordnungsamt nicht wissen, ob die Katze nicht jemandem gehöre. Nach weiterer Diskussion stimmte der Gemeinderat mehrheitlich dem Erlass der Katzenschutzverordnung zu.

Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts auf Flst. 410/6, Gemarkung Reichenbach
Hauptamtsleiter Mutter berichtete, dass der Stadt ein Vorkaufsrecht nach § 24 BauGB für das Flurstück 410/6, Gemarkung Reichenbach vorliege. Der Gemeinderat folgte dem Verwaltungsvorschlag einstimmig, das entsprechende Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

Kreditaufnahme im Eigenbetrieb städtische Wasserversorgung und Eigenbetrieb städtische Abwasserversorgung
Stadtkämmerer Kubot hielt den Sachvortrag. Grundlage des Verwaltungshandeln war, dass im Wirtschaftsplan Kredite hinterlegt sind. Diese sind vom Landratsamt genehmigt. Die Investitionen kommen, aber leider oft schleppend. Man müsse sich bewusst sein, dass bei Genehmigung des nächsten Haushaltes die Kreditermächtigungen verfallen werden. Stadtkämmerer Kubot berichtete anhand einer vorbereiteten Liste, dass man deutliche Unterdeckungen in den Eigenbetrieben habe. Diese Unterdeckung wird momentan mit städtischer Liquidität abgedeckt. Man möchte die Kredite aufnehmen, um die Unterdeckungen abzudecken.
Stadtrat Eisele teilte mit, dass die BWL den Antrag ablehnen wird. Man habe in den Jahren 2024/25 ca. 400.000 € Zinsen an Kredite bezahlt, gleichzeitig habe man im Moment 6,5 Mio. Liquidität in der Stadtkasse. Die zusätzlichen Kreditaufnahmen würde die Stadt jeden Monat zwischen 10.000 – 15.000 € kosten. Er führte weiter aus, man könne Investitionen mit der aktuellen Liquidität gut finanzieren, daher benötige es keine neuen Kredite.
Stadtkämmerer Kubot entgegnete, dass es keine Möglichkeit der Nachholung von Krediten für nicht aufgenommene Kredite gebe. Allen seien die Auflagen aus der Haushaltsplangenehmigung zur Aufnahme der Kredite bekannt. Nach weiterer Diskussion beschloss der Gemeinderat die Kreditaufnahme auf die Haushaltsberatungen zu verschieben.

Vorstellung und Genehmigung Tax Compliance Management – Richtlinie
Stellvertretender Kämmerer Promoli hielt den Sachvortrag. Ein TCMS ist in öffentlichen Verwaltungen ein internes Kontrollsystem, das sicherstellt, dass steuerliche Pflichten korrekt und rechtzeitig erfüllt werden. Es hilft, Fehler oder Verstöße gegen steuerliche Vorschriften zu vermeiden und mögliche Haftungsrisiken zu minimieren. Der Gemeinderat stimmte dem TCMS-Entwurf einstimmig zu und beauftragte die Verwaltung fortlaufend Änderungen gemäß den gesetzl. Vorgaben einzuarbeiten.

Leitlinien zur Spenden-/Schenkungsannahmen
Stellvertretender Kämmerer Promoli hielt den Sachvortrag. Um die Annahme, Verwendung und Dokumentation von Spenden und Schenkungen transparent zu gestalten, erlässt die Stadt Bad Schussenried entsprechende Leitlinien. Gewünschte Änderungspunkte wurden besprochen und werden von der Kämmerei in die Richtlinien eingearbeitet. Anschließend bestätigte der Gemeinderat einstimmig die Richtlinien und bat die Verwaltung, diese umzusetzen.

Spendenannahmen
Frau Baumgärtner, Praktikantin im gehobenen Verwaltungsdienst, hielt den Sachvortrag. Der Gemeinderat hat einstimmig folgende Spenden angenommen: Eine Bäckerei spendete einen Geldbetrag in Höhe von 450,00 € für Brezeln für die Schul-/Kindergartenkinder zum Magnusfest; eine weitere Bäckerei spendete einen Geldbetrag in Höhe von 456,00 € ebenfalls für Brezeln zum Magnusfest. Der Elternbeirat des Kindergarten Fixxle in Reichenbach spendete einen Geldbetrag in Höhe von 360,00 € für eine neue Schaukel. Die Bürgerstiftung Bad Schussenried spendete dem Naturkindergarten Fixxle einen Geldbetrag in Höhe von 1.000,00 €, ebenfalls für die Beschaffung der Schaukel. Eine Bank spendete einen Geldbetrag in Höhe von 394,71 € an den Kindergarten Sonnenschein für Kindergartenausstattung. Weiter erhielt der Kindergarten Spatzennest von einer Bank einen Geldbetrag in Höhe von 500,00 € für die Möbel der Puppenecke. Die Ortsverwaltung Reichenbach erhielt eine Spende über 750,00 € für die Neuanschaffung eines Grills für die Grillhütte. Der Naturkindergarten Waldwichtel erhielt einen Geldbetrag in Höhe von 375,00 € für Kindergartenausstattung. Eine Bank spendete dem Naturkindergarten Fixxle in Reichenbach einen Betrag in Höhe von 328,95 € für Musikinstrumente und eine Bank spendete einen Geldbetrag in Höhe von 500,00 € an den Kindergarten St. Peter und Paul für Lernspielzeug. Die Stadtverwaltung wurde vom Gemeinderat beauftragt, eine Spendenquittung auszustellen.

Bekanntgaben und Verschiedenes
Stadtkämmerer Kubot berichtete, dass die Kapitalerhöhung der Netze BW nicht zustande gekommen ist. Diese wird konzernintern übernommen.

Bauamtsleiter Rueß berichtete, dass der Mehrzweckraum Alte Schule in Steinhausen schlussgerechnet sei und ein Zuschuss eingegangen ist. Den Kosten von 181.638,90 € steht ein Zuschuss von 70.027,20 € entgegen.
Bürgermeister Deinet berichtete, dass die Fairteilerhütte in der Löwenstraße steht und eröffnet wurde. Außerdem teilte er mit, dass der Prozess des Biosphärengebietes beendet wurde.
Bürgermeister Deinet berichtete weiter, dass Bietergespräche zum Thema Schussenoffenlegung am 12.11.2025 im Rathaus stattgefunden haben. Die Lose für Tiefbau und Stadtplanung wurden angehört. Derzeit läuft die Ausarbeitung des Bietergesprächs, dann werden die Firmen informiert und kann der Gemeinderat die Aufträge vergeben.
Stadtkämmerer Kubot berichtete, dass die Baumaßnahmen für das Breitband aufgrund der Witterung weitestgehend eingestellt wurden. Der Lagerplatz in Steinhausen soll kurzfristig geräumt werden. In Reichenbach wird im Frühjahr mit dem Breitbandausbau begonnen.
Bürgermeister Deinet berichtete, dass man sich für das Modellprojekt Kaleidoskop beworben habe. Das Projekt wird durchgeführt vom Institut für Sozialwissenschaft und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Es wird im kommenden Jahr eine Bevölkerungsbefragung zur Zufriedenheit mit der Stadt geben. Er glaube, dass dies eine gute Status-Quo-Bestimmung ist für die Weiterentwicklung der Stadt. Startschuss wird am 28.11.2025 sein.
Bürgermeister Deinet sagte außerdem, dass die Stadt vom Landkreis für ein Modellprojekt vorgeschlagen wurde, bei dem es um die Generierung von Wohnraum im Bestand von ungenutzten oder leerstehenden Immobilien gehe. Hier wird auf die Aufnahme in das Projekt gewartet.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und Umlaufbeschlüsse
Hauptamtsleiter Mutter gab bekannt, dass der Gemeinderat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, sich nicht an der Kapitalerhöhung der Beteiligungsgesellschaft Netze BW GmbH & Co. KG zu beteiligen.

Anfragen aus dem Gemeinderat
Strukturförderprogramm ländlicher Raum
Stadtrat Eisele berichtete, dass der Turnverein auf die Fraktionen zugekommen sei bezüglich der Förderung. Er bittet um Informationen, was die Kommune tun müsse und könne, um eine Förderung zu erhalten. Bürgermeister Deinet sagte, dass man die Unterlagen zur Verfügung stellen könne. Man brauche einen Antrag mit Baugenehmigung. Vorher müsse man sich allerdings im Klaren sein, was man genau machen möchte. Eine Prozessgestaltung mit Erstellung einer Konzeption führe dann zur Generierung eines Bauantrags mit dem man sich dann bewerben kann. Stellvertretender Kämmerer Promoli berichtete, dass der Gemeindetag das Programm im Rohentwurf vorgestellt hat, da es noch nicht final vom Land abgesegnet ist. Das Geld werde von oben nach unten abgegriffen und bei den Kommunen werde dann nicht viel übrigbleibe.

Grunderwerb zur Schussenoffenlegung
Stadtrat Eisele fragte nach, wie der Stand des Grunderwerbs von der Deutschen Bahn sei. Bürgermeister Deinet berichtete, dass die DB im November auf die Stadt zukommen wollte. Er berichtete außerdem, dass das Eisenbahnbundesamt gerade die zu beteiligenden Stellen anhört. Die DB habe aber bisher noch keine Stellungnahme abgegeben.

Bisphärengebiet
Stadtrat Dangel zeigte sich enttäuscht, dass die Städte Bad Waldsee und Bad Wurzach aus dem Biosphärengebiet ausgestiegen sei. Er möchte wissen, ob ein Beitritt zum Biosphärengebiet Schwäbische Alb möglich ist. Bürgermeister Deinet verneinte dies, da es geschlossene Gebiete sein müssen.
Holzhof
Stadtrat Dangel fragte nach, wie der aktuelle Stand beim Thema Holzhof sei. Es gab Ansätze für ein Eisenbahn-Ausbesserungswerk und das THW habe auch Interesse angemeldet. Bürgermeister Deinet berichtete, dass für die Eisenbahnreparaturwerkstätte gerade die Ausschreibungen laufen und im Dezember ein Standort favorisiert werde. Außerdem gebe es einen weiteren Interessenten an der gesamten Holzhoffläche.

Anfragen aus der Einwohnerschaft

Herr Manfred Blumenschein bat darum, festzuhalten, dass das Interessensbekundungsverfahren für die Fördermittel ländlicher Raum bis zum 15.01.2026 läuft. Bürgermeister Deinet erläuterte nochmals, dass ein Konzept vorhanden sein muss, um den Antrag stellen zu können und dies aktuell sei aktuell nicht gegeben. Anschließend beendet Bürgermeister Deinet die öffentliche Sitzung.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung fand eine nicht-öffentliche Sitzung statt.